

Schiffbruch der Menschenrechte

Auch dieses Jahr ertrinken Menschen im Mittelmeer, die vor Krieg und Armut nach Europa flüchten. Anstatt legale Fluchtmöglichkeiten zu schaffen, überbieten sich die europäischen Regierungen mit Abschottungsphantasien. Gleichzeitig versuchen NGOs, zumindest das Sterben im Mittelmeer zu beenden, indem sie in Seenot geratene Refugees aus dem Wasser ziehen.



„Wie kann es sein, dass so viele Menschen vor unserer Haustüre sterben und es scheinbar niemanden gibt, der etwas dagegen tun möchte?“ fragten sich Titus Molkenbur und seine Mitstreiter_innen im Oktober 2015. Sie wollten nicht länger zusehen wie Refugees bei ihrer Flucht im Mittelmeer ertrinken und gründeten die NGO *Jugend Rettet*. Seither betreiben sie zivile Seenotrettung.

Wie kam es aber dazu, dass die Seenotrettung im Mittelmeer von zivilen Organisationen übernommen wurde?

Die Gefahren auf der Fluchtroute von Libyen nach Italien über das Mittelmeer sind seit 2013 verstärkt in den Medien. Damals sank ein Schiff mit über 500 Refugees vor der

Insel Lampedusa, fast 400 starben. Viele europäische Politiker_innen waren betroffen und alarmiert. Die Folge war die Einrichtung der italienischen Rettungsmission, *Mare Nostrum*. Sie operierte in internationalen Gewässern bis vor die Küste Libyens und konnte laut UNHCR etwa 150.000 Menschen in Seenot retten. Schon damals meinten Kritiker_innen, die Seenotrettung würde Refugees erst dazu bewegen, die Route über das Mittelmeer zu wählen. Deshalb und weil Italien nicht länger allein die Kosten der Rettungsmission tragen wollte, wurde *Mare Nostrum* 2014 durch die *Mission Triton* der EU-Grenzschutzagentur Frontex ersetzt. Das vorwiegende Ziel von *Triton* ist Grenzschutz und -kontrolle,

ihr Einsatzgebiet lag daher hauptsächlich vor der italienischen Küste. Schiffbrüchige vor der libyschen Küste zu suchen und zu retten, fiel damals nicht in ihre Zuständigkeit.

Die Zahl der Menschen, die sich auf den gefährlichen Weg über das Mittelmeer nach Europa machten, stieg 2015 stark an, weitere Unglücke auf See folgten. Zwischen 3027 und 3771 Menschen starben 2015 laut Schätzungen der IOM und UNHCR im Mittelmeer oder gelten als vermisst. Als Reaktion auf das Fehlen einer effizienten Such- und Rettungsmission entschlossen sich NGOs wie *Jugend Rettet*, selbst in der Seenotrettung aktiv zu werden.

Zivile Seenotrettung

Seit Anfang 2017 waren neun NGOs im Mittelmeer aktiv – sowohl kleine wie *Jugend Rettet* oder *Sea Watch*, als auch große NGOs wie *Ärzte ohne Grenzen*. Sie finanzieren sich meist über private Spenden. Die Crews der Schiffe bestehen aus Freiwilligen, die abwechselnd für einige Wochen in See stechen. An Bord sind Ärzt_innen, Techniker_innen, Seeleute und Übersetzer_innen. Oft sind auch Journalist_innen mit dabei, um die Situation im Mittelmeer zu dokumentieren. Nach einer Einschulung geht es los. Die NGO-Schiffe fahren vor die libysche Küste und patrouillieren dort in internationalen Gewässern. „Mit der Erfahrung der letzten Jahre kann man abschätzen, wo die

meisten Schiffe in Seenot geraten. Wir patrouillieren dort, natürlich außerhalb der libyschen Hoheitsgewässer, und halten Ausschau nach Booten," erzählt Titus Molkenbur von *Jugend Rettet*. Gerettet werde aber ausschließlich auf Anweisung des *Maritime Rescue Coordination Center (MRCC)*. Das *MRCC* ist eine Leitstelle, die immer informiert wird, wenn ein Boot in Seenot gesichtet wird. Sie entscheidet, wer wann einen Rettungseinsatz durchführt und in welchen Hafen die Geretteten gebracht werden.

Diffamierungskampagne gegen Retter_innen

In den letzten Monaten ist das politische und mediale Klima gegenüber den Seenotretter_innen wieder rauer geworden. Diese würden ein Grund sein, aus dem sich Refugees auf die gefährliche Überfahrt machen, oder gar direkt mit Schleppern zusammenarbeiten, lauten die Vorwürfe. Österreichs Außenminister Kurz bezeichnete das Engagement der zivilen Seenotretter_innen als „NGO-Wahnsinn“ und warf ihnen vor, „Partner von Schleppern“ zu sein. Konkrete Beweise für eine Zusammenarbeit zwischen Schleppern und NGOs gab es selbstverständlich keine. Die NGOs betonten, sich an alle Gesetze, internationale Übereinkommen

und Behördenanweisungen zu halten. „Ich muss sagen, ich habe in meinen vier Wochen *Sea Watch* nicht mitbekommen, dass ein Anruf von Schleppern eingegangen wäre oder irgendwelche Lichtsignale gesendet worden wären“, erzählt Bartholomäus von Laffert, freier Journalist und Beobachter auf zwei Missionen der NGO *Sea Watch*, „wenn man mit den Helfer_innen an Bord spricht, ist es Common Sense, dass sie im Mittelmeer sind, weil jemand die Menschen retten muss. Sie wären nicht traurig, wenn sie wüssten, die EU übernimmt den Job“. Zudem gibt es mittlerweile Studien, die zu dem Schluss kommen, dass die Anwesenheit von Rettungsbooten nicht im Zusammenhang mit steigenden Zahlen von Refugees steht.

Dennoch forderte die italienische Regierung im Juli 2017, dass alle NGOs einen „Verhaltenskodex“ unterzeichnen sollen, wenn sie weiterhin an Rettungsaktionen beteiligt sein möchten. Offenlegung der Finanzierung, Kooperation mit Behörden in der Schlepperbekämpfung und keine Einfahrt in libysche Hoheitsgewässer sind nur einige von elf Punkten, die laut NGOs bereits jetzt erfüllt werden. Auch Bartholomäus von Laffert hält die Vorgehensweise der italienischen Regierung für fragwürdig: „Es ist nachvollziehbar, dass

Italien sich überfordert fühlt. Das über einen Verhaltenskodex für NGOs zu regeln, verschiebt die Problematik aber auf etwas, das nicht relevant ist, das ist Teil der Diffamierungskampagne gegenüber den NGOs.“ Drei NGOs haben sich bisher geweigert, den Verhaltenskodex zu unterzeichnen, weil sie besorgt um ihre Unabhängigkeit und um die Effizienz der Rettungseinsätze sind, darunter auch *Jugend Rettet*. Kurz darauf wurde die *Iuventa*, das Schiff von *Jugend Rettet*, von italienischen Behörden beschlagnahmt und es wurden gegen einige Crewmitglieder Ermittlungen wegen Beihilfe zum illegalen Grenzübertritt aufgenommen. *Jugend Rettet* weist die Vorwürfe entschieden zurück.

Festung Europa

Die Lösung Europas für die gefährliche Fluchtroute über das Mittelmeer scheint Abschottung zu sein. Europäische Regierungen streben vor allem eine Zusammenarbeit mit Libyen, Niger und dem Tschad an, wo Asylverfahren künftig entschieden werden sollen – außerhalb der Europäischen Union. Dass diese Länder oft die Einhaltung der Menschenrechte für Asylsuchende nicht garantieren können, scheint dabei nebensächlich zu sein. Beispielsweise wurden in Libyen mehrfach Lager

dokumentiert, in denen Menschenhandel betrieben wird, Refugees zu Arbeit gezwungen, gefoltert und vergewaltigt werden. Trotzdem arbeitet Italien im Mittelmeer eng mit der libyschen Küstenwache zusammen. Als eine Folge dieser Zusammenarbeit haben sich kürzlich die meisten NGOs aus der *Search and Rescue Zone* vor der libyschen Küste zurückgezogen und ihre Rettungsmission unterbrochen. Nach mehreren Zwischenfällen mit der libyschen Küstenwache war die Situation für die Seenotretter_innen zu gefährlich geworden. Titus Molkenbur sieht in der italienisch-libyschen Kooperation sogar eine mögliche Umgehung des Völkerrechts: „Gerettete nach Libyen zurückzubringen wäre für ein europäisches Schiff ein Verstoß gegen das *Non-Refoulement-Gebot* der Genfer Flüchtlingskonvention. Wenn aber die libysche Küstenwache die Menschen zurückbringt und die EU das finanziert, ist das kein Verstoß gegen das Völkerrecht.“ Ob nach dem Abzug der NGOs aus dem Mittelmeer weniger Refugees in Seenot geraten und wer in Zukunft die Verstöße gegen Völker- und Menschenrecht im Mittelmeer dokumentiert, ist fraglich. In den ersten acht Monaten dieses Jahres gelten bereits über 2400 Menschen im Mittelmeer als tot oder vermisst.

Die Sendung „Schiffbruch der Menschenrechte“ wurde am 1. August 2017 von Radio Orange 94,0 ausgestrahlt und ist im Sendungsarchiv unter www.radiostimme.at abrufbar.

Julia Hofbauer ist Redakteurin bei Radio Stimme.

Wenn du träumst, träumst du dich als widerständiges Subjekt?

(Gustav: Soldatin oder Veteran)



RADIO STIMME
DIE SENDUNG FÜR KOPFHÖRER_INNEN
SUCHT NEUE REDAKTEUR_INNEN.

INFOABENDE:

am 10. und 17. November 2017.

NEUGIERIG?

Mehr Infos auf www.radiostimme.at.

Anmeldung unter radio.stimme@initiative.minderheiten.at